

Abonnements:

Monatlich 65 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

„Volksstimme, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluß:

Amst. Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:

Die Spalte Zeitungslohn 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.

Union-Druckerei u. Verlagsgesellschaft,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 71

Freitag den 24. März 1916

27. Jahrgang

Steuerstreit im Reichstag.

Amerika und der Unterseekrieg.

Von unserm New Yorker Korrespon-
dent erhalten wir eine vom 17. Februar da-
tante Darstellung, die um der klaren Dar-
stellung der amerikanischen Anschauung halber
wichtig ist. In Einzelheiten ist der Inhalt über-
holt; so hat z. B. auch Frankreich seinen Grund-
satz der Nichtbewaffnung von Handelsschiffen
preisgegeben und sich praktisch dem Verfahren
Englands angeschlossen. Aber zur Beurteilung
der jüngsten internationalen Zuspitzung der gan-
zen Sache ist doch der Brief wichtig.

Woodrow Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten, ge-
dachte einen recht schönen Schachzug zu tun, und machte den
dümmsten Streich seiner politischen Laufbahn. Er glaubte,
in dem deutsch-amerikanischen „Lusitania“-Streit einen durch-
schlagenden diplomatischen Erfolg erzielen, dem Deutschen
Reich und den mit ihren Sympathien auf der Seite der Ver-
liner Regierung stehenden amerikanischen Wählern deutscher
und magarischer Nationalität durch Einführung neuer, den
Lauchbootkriege regelnder Grundzüge einen Gefallen erweisen
und seine eigene Wiederwahl bei der im kommenden Novem-
ber stattfindenden Abstimmung sichern zu können, ohne damit
die Alliierten oder deren sehr starken Anhang unter der ameri-
kanischen Wählerchaft vor den Kopf zu stoßen.

Daher trat unser Staats-Departement (Ministerium des
Aeußeren) mit dem Vorschlag an die Alliierten heran, diese
mochten einer Abänderung des internationalen Seekriegs-
rechts in der Richtung zustimmen, daß Kauffahrer künftig
nicht mehr armiert werden dürfen. Da Frankreich überhaupt
nicht duldet, daß ein unter französischer Flagge segelndes Han-
delschiff Gewehre an Bord aufstellt; da die in amerikanischen
Gewässern kommenden, britischen Fracht- und Passagierfahr-
zeuge gleichfalls unbewaffnet sind und nur italienische
Passagierdampfer armiert noch den Vereinigten Staaten
kommen, rechnete Wilson mit Bestimmtheit auf ein Eingehen
der Alliierten auf seine Anregung. Sobald diese Zustimmung
vorlag, sollten Berlin und Wien aufgefordert werden
zu versichern, daß ihre Lauchboote keinen Kauffahrer mehr
angreifen, ohne ihn vorher zum Widerstand aufgefordert zu
haben; eine Verpflichtung, welche Deutschland nach der Versenkung der „Arabic“,
Österreich-Ungarn nach der Versenkung der „Ancona“ him-
melstreich der Personen dämpfer schon eingegangen waren und
daher aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf Frachtschiffe aus-
gedehnt haben würden.

Von diesen Vorschlägen hätten, falls sie von allen Krieg-
führenden Mächten gutgeheißen worden wären, nach ameri-
kanischer Auffassung Deutschland und Österreich-Ungarn den
größeren Vorteil gehabt. Berlin, so kalkuliert man in
Washington, wird sich für diesen Dienst erkenntlich erweisen,
restlos auf die von unserm Staats-Departement im Zu-
sammenhang mit der Vernichtung der „Lusitania“ erhobenen
Forderungen eingehen und dadurch dem Präsidenten Wilson
zu einem billigen diplomatischen „Triumph“ und zu einer
Steigerung seines politischen Einflusses verhelfen. Wenn
die Regierungen der Alliierten sich mit dem Vorschlag unse-
res Staats-Departements einverstanden erklärten, so mußten
auch die hierzulande naturalisierten Briten, Franzosen, Bel-
gier, Italiener und Russen, die über weit mehr als eine Mil-
lion Stimmen verfügen, sich über die amerikanische Vermitt-
lung freuen, während die annähernd 300 000 Wähler reichs-
deutscher, deutsch-österreichischer und magyarisch-ungarischer
Nationalität sich dem Präsidenten Wilson tief verpflichtet
fühlten und im kommenden November für ihn stimmen
würden.

Obwohl Wilson sich 1912 auf dem demokratischen Parteitag
zu Baltimore durch die Annahme der Präsidentschafts-
Kandidatur auf die programmatische Forderung verpflichtete,
daß kein Präsident wiedergewählt wird, bewirbt er sich noch-
mals um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, wie-
der dieser Tage in einer offiziellen Rundschreiben an den Staats-
sekretär des Staates Ohio ausdrücklich bestätigte.

Durch das schöne Glücken mochte das Berliner Aus-
wärtige Amt einen dicken Strich. Die Marktschreierei, welche
unsere Diplomatie seit dem Ausscheiden Root's aus dem Amt
des Staats-Sekretärs „auszeichnet“, ist aller Welt kund,
was für ein Vorschlag den Alliierten gemacht wurde. Die
Regierungen Deutschlands und Österreichs konstruieren
wie zu erwarten war, aus der ihnen offiziell unbekannten,
an ihre Feinde gerichteten, amerikanischen Note eine Billi-
gung ihres Standpunktes, daß armierte Kauffahrer als
Gefahren für die neutralen Länder davon in Kenntnis
setzt. Sie setzen die neutralen Länder davon in Kenntnis,
daß bewaffnete Handelsschiffe, die unter der Flagge eines
mit ihnen im Kriegszustande befindlichen Landes fahren
vom 1. März an ohne weiteres angegriffen und in den Grund
gebohrt werden.

Dabei hatten England und Frankreich schon vorher offi-

ziös zu verstehen gegeben, daß sie während des Krieges unter
keinen Umständen einer Änderung des Seekriegsrechts im
Sinne der amerikanischen Vorschläge zustimmen. Der Prä-
sident Wilson hat sich schon in die Renseln gelegt. Er hat die
Alliierten vor den Kopf gestoßen, in Deutschland und Öster-
reich-Ungarn durch die inzwischen erfolgte Preisgabe seines
Vorschlags, armierte Kauffahrer als Kriegsschiffe zu betrach-
ten, noch weiterhin böses Blut gemacht, die Nicht-Beilegung
der „Lusitania“-Differenz auf dem Kerbholz und so es mit
den pro-alliierten und den pro-deutschen Wählern gleich-
mäßig verdorben.

Der unersäufliche amerikanische „Patriot“ besteht darauf,
daß die Regierung auch nicht ein Tüpfelchen seines Rechtes,
auf Kauffahrer — auf armierten sowohl, als auch auf unbe-
waffneten — zu reisen, preisgibt.

Ihr Zurückweichen von dem Standpunkte, den sie in ihrer
an die Alliierten gerichteten Note in der Frage der Bewaff-
nung von Handelsschiffen eingenommen hatte, einleuchtend
zu erklären, ließ die Regierung in inspirierten Artikeln
verbreiten, daß die Alliierten, wenn die Vereinigten Staaten
bewaffnete Kauffahrer als Hilfskreuzer behandeln, ihren Han-
delschiffen das Anlaufen unserer Häfen verbieten und damit
eine wirtschaftliche Krise von noch nie dagewesener Schärfe
herbeiführen werden, da die amerikanische Ausfuhr zum weitaus
größten Teil auf Fahrzeugen unter einer der Flaggen
einer der Mächte der erweiterten Entente befördert wird.
Diese Darstellung klingt unwahrscheinlich; denn England,
Frankreich, Italien und Russland brauchen die Kriegsmate-
rialien, die Nahrungsmittel und die anderen Waren, die sie
gegenwärtig aus den Vereinigten Staaten beziehen, unbedingt
notwendig.

Aber gleichviel! Die erdrückende Mehrheit der Ameri-
kaner glaubt an das von der Regierung an die Hand gemalte
Schreckensbild. Die Angst vor der Schädigung der eigenen
Interessen ist mächtiger als die zunehmende Zustimmung
gegen England. Die Amerikaner wurden fanatische Anhänger
des unveränderten Seekriegsrechts, nach welchem Kauffahrer
am See mit Gefährten armiert sein dürfen.

England und Frankreich, deren Vertreter Reister in der
Stimmungsfrage durch die Presse sind, nutzen die Situation
weidlich aus. Sie lassen sehr geschickt geltend machen, daß
durch eine Beilegung des über die „Lusitania“ mit dem Deut-
schen Reich anhängigen Streitfalles ohne gleichzeitige prinzi-
pielle Anerkennung des Rechtes der Kauffahrer auf eine Ar-
mierung zu Defensivzwecken die Lauchboote der europäischen
Mächte zur Rückkehr der bei der Vertreibung der „Lusitania“,
der „Arabic“ und der „Ancona“ befolaten Lastfrachtform-
lich aufgefordert werden. Immer und immer wieder kann
man lesen, daß Stahl, welcher beschwor, daß die „Lusitania“
auf ihrer letzten Fahrt mit Kanonen armiert war, und des-
halb zu Rudolph verurteilt wurde, für den Reineid ge-
dungen war, und daß sich im Bedarfsfalle immer wieder ein
anderer Stahl finden lasse, wodurch alle Kauffahrer vogelfrei
werden würden.

Daraus erklärt es sich, daß die amerikanische Regierung
sich weigert, die „Lusitania“-Affäre, über welche ein tatsäch-
liches Einverständnis mit Berlin erzielt ist, nun auch formell
aus der Welt zu schaffen, wenn Deutschland sich nicht gleich-
zeitig zur Anerkennung des Rechtes der Handelsschiffe auf
das Mitführen von Geschützen versteht.

Wilson mag sich, wie sein Auftreten in der letzten Zeit
erwarten läßt, noch so hyperamerikanisch gebärden: in der
Kunst der Demagogie kann er dem Kräftefeuer Theodore
Roosevelt, diesem — nebenbei bemerkt — vorzüglichsten Kenner
der amerikanischen Volkswirtschaft, weitaus nicht das Wasser
reichen. Mit Roosevelt stehen die Republikaner in das gleiche
Gorn. Ihr bedeutendster Mann, der frühere Staatssekretär
Root, wurde von ihnen vorgestern auf dem republikanischen
Parteitag des Staates New York als Redner vorgeladelt, um
den Raubritter-Oversten „Teddy“ Roosevelt in der Forderung
nach einer kraftvollen Außenpolitik womöglich noch zu über-
trumpfen.

Roosevelt, der politisch abgetan schien, dessen „progressive“
Partei bis auf seine Trümmer verschwunden ist, hat gute
Aussicht, gerade seiner offen feindseligen Haltung Deutsch-
land gegenüber, von der republikanischen Partei, die er vor
vier Jahren gepredigt hat, bei den bevorstehenden Präsidents-
wahlen als aufrichtigste Nummer auf den Schild erhoben zu
werden. Roosevelt, der über die „schwächliche Raubritter-
Politik“ Wilsons höhnt, hätte es an dessen Stelle schon beim Einmarsch
in Belgien, wie er unverblümt bekennt, zum Krieg mit Deutsch-
land getrieben.

Darum ist der durch Wilsons Lauchbootkriegsvorschläge
angerichtete Rudeßmudel, darum ist die Nichtbeilegung der
„Lusitania“-Differenz doppelt zu beklagen. Es bleibt ein
Konfliktkeim, der um so gefährlicher ist, als Wilson trotz
seiner in ihrem Wesen friedliebenden Veranlagung aus wahl-
tätigen Gründen maßlos übertrieben weitergetrieben wird, als
er zu gehen beabsichtigt.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 23. März. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Erfolg beim Salbe von Avocourt wurde durch
Anbesetzung der französischen Stützpunkte auf den Höhen-
rücken südwestlich von Hancourt vervollständigt. Es wur-
den etwa 450 Gefangene eingebracht.

Im übrigen hat das Gesamtbild keine Veränderung er-
fahren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ihre Hauptangriffstätigkeit verlegten die Russen auf
die gestrigen Abend- und auf die Nachstunden. Mehrfach
brachen sie mit starken Kräften gegen unsere Stellungen im
Brückenkopf von Jakobstadt, beiderseits der Bahn Riga-
Jakobstadt, viermal gegen unsere Linien nördlich von
Widshor. Während sie auf der Front nordwestlich von
Boskowitz, wo die Zahl der eingebrachten Gefangenen auf 11
Offiziere und 889 Mann gestiegen ist, wohl infolge der über-
mäßig blutigen Verluste, von größeren Angriffsvorhaben
Abstand nahmen, stürmten sie wiederholt mit neuer Gewalt
zwischen Ratocz- und Wiszniew-Seran. Der hohe
Einsatz an Menschen und Munition hat auch in diesem An-
griff und in mehrfachen einzelnen Unternehmungen an an-
deren Stellen den Russen nicht den kleinsten Vorteil gegen-
über der unerschütterlichen deutschen Verteidigung bringen
können.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Österreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 23. März. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen
Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Verdun.

Ueber schwere französische Offiziersverluste heißt es in
einer Meldung des „Local-Anzeigers“: Die den Kämpfen am
linken Ufer der Maas gewidmeten nichtamtlichen französischen
Darstellungen bestätigen auf Grund von Beobachtungen von
Augenzeugen die außerordentlich große Zahl der französi-
schen Offiziersverluste. Die seit Mitte März eine das Höchstmaß
der Hülfslosigkeit bekundende Risse erreicht hätten.

Der „Welt-Berichten“ hält es für möglich, daß die fran-
zösische Seeresleitung es für zweckmäßig ansehe, würde,
Balsancourt aufzugeben, um dadurch eine gradlinige Front zu
erzielen, die von Avocourt über die Höhe 304 bis zum „Toten
Mann“ reiche. Dieser Beschluß würde nur gefolgt werden,
um den französischen Linien „größere Widerstandskraft“ zu
geben, jedoch liege Bestimmtes noch nicht darüber vor.

Frankreichs Transportkriese.

Bern, 23. März. (W. B.) In einem warmen Artikel über
die ernste Transportkriese in Frankreich sagt der „Deutsche“:
Die Krise geht so weit, daß die Händler heute
nur 40, 50 ja nur 25 Prozent der Mengen des Vorjahres liefern
können. Die Schweizer erzählen, daß von 10 000 Waggons ihres
Gesamtes bestandes wir zurzeit 4000 zurückbehalten und daß die
Getreidezüge bis zu 20 Tagen in Bordeaux und Geste festliegen.
Sie können nicht umhin, damit die Lage auf Seiten der Deutschen
zu vergleichen, die ihnen täglich 1000 Waggons Kohlen liefern, ohne
jede Verzögerung und fast tadellos Ordnungsmäßigkeit.

Englische Kriegsleistungen.

Rotterdam, 23. März. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Rotter-
damsche Courant“ meldet aus London: Der parlamentarische Mi-
nister der „Daily News“ schreibt, daß die Propaganda für eine
weitere Verstärkung des Heeres offenbar vom Kriegssamt ausgeht,
welches für den Fall, daß ein Angriff auf England versucht werden
sollte, dort eine große Armee bereit halten wolle. Diese Politik
sei eine Verleugung der alten Lehre, daß die Flotte allein Eng-
land schützen müsse, und sie zeige, daß das Vertrauen des Kriegs-
amtes in die Flotte nicht sehr groß ist. Außerhalb des Kriegs-

Hat nun Herr Bilbe mit seinem Vorschlag auf Einföhrung „armelloser Tage“ nicht recht, so aber mit seinen Mahnrufe: „den Arzneiverbrauch einzuschränken, um große Mengen von Weizen und Oelien für die Ernährungsbefürfnisse der Bevölkerung frei zu bekommen, die ärztlichen Verordnungen einzuschränken, ohne daß in Fällen von Lebensgefahr oder plötzlichen Erkrankungen ein Mangel an Arzneien und Verbandstoffen eingetreten brauche“.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März.

Fortgesetzt wird die erste Lesung von Etat und Steuervorlagen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Die Nachricht vom Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz hat im Volke eine tiefe Bewegung hervorgerufen. Unser Volk sieht gern seine Ideen verkörpert und da personifiziert v. Tirpitz die Flotte und den Willen zur Seegeltung. (Bravo!) Sein Name wird unauslöschlich verbunden sein mit der Geschichte der deutschen Flotte und des deutschen Vaterlandes (Bravo!) Bei den früheren Steuervorlagen sind wir recht kleinlich vorgegangen. Wenn irgend etwas, so macht die deutsche Steuerpolitik einen kläglichen Eindruck. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schen vor den direkten Steuern!) Bei allen Parteien ist gesündigt worden. Das Reich braucht die Mittel und muß sie erhalten. Der Tabak ist bisher glimpflich behandelt worden. Es geht nicht an, zwischen Zigaretten und Zigaretten steuerlich zu differenzieren; sie sind in steuerlicher Beziehung handelsliche Zwillinge. An die Quittungsstempelsteuer wird sich die großstädtische Bevölkerung bald gewöhnen, weniger aber das plattdeutsche Land. Die kleinen Beiträge müssen frei bleiben. Die größten Bedenken haben wir gegen die geplante Erhöhung der Postabgaben und Telefongebühren. Die Kriegsgewinnsteuer ist im Grund gerecht. Es ist fraglich, ob man eine Änderung des Gesetzes befürworten kann. Die Vorkriegssteuer vorlage muß einen sozialen Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern zu schaffen suchen. Der Staatssekretär ist aber gebunden an die Verhältnisse, wie er sie vorgefunden hat. Rotwendig wäre eine Vereinfachung des deutschen Einkommensteuersystems. Die Frage des abermaligen Wehrbeitrages werden wir prüfen, wenn wir auch einige Bedenken haben. Auch erhoffe ich, daß auch bei den alten Gegnern der Ausdehnung der Reichswehrschatzsteuer auf direkte Abkommen etwas Entgegenkommen gezeigt werden; dazu müssen sie ihren Anteil an einer Reichsvermögenssteuer beifügen. Vielleicht läßt sich die Schaffung von Neuversen für die Einzelstaaten ermöglichen, wo der Wettbewerb nicht beschränkt wird.

Abg. Graf Westarp (fons.): Was Admiral Tirpitz dem Volke gewesen ist, steht unauslöschlich in den Ruhmesblättern der deutschen Geschichte. (Beifall: Bravo.) Wir haben in die Vereinfachung über die Erörterung des U-Boot-Krieges gewilligt, der mit Recht das Volk so lebhaft beschäftigt in der Voraussetzung, daß eine ausgiebige Erörterung in der Kommission stattfindet. Unser Verhalten ist kein Verzicht, sondern lediglich ein Aufschub der Erörterung der Frage im Plenum. (Sehr richtig! rechts. Unruhe.) Wir erkennen es an, daß der Staatssekretär die Steuern mit voller Offenheit und Ehrlichkeit eingebracht und die Verhältnisse gezeichnet hat. Wir haben keinen Anlaß, etwas zu verdrängen. Unsere früheren Beschränkungen hinsichtlich des zu leistenden Wehrbeitrages haben sich leider erfüllt. Keine Freunde stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß der Besitz die Opfer bringen muß. Es würde aber der größte Fehler sein, das Unternehmertum durch Steuermaßnahmen zu erschöpfen. Für die Selbstständigkeit der Einzelstaaten werden wir stets eintreten. Wir stimmen der Kriegsgewinnsteuer zu. Wir sind aber nicht bereit, darüber hinauszugehen. So lehnen wir die Ausdehnung der Erbschaftsteuer ab. Bei diesen Steuern muß man auch daran denken, daß es sich vielfach um Erbschaften handelt, die für das Vaterland fließen. Auch lehnen wir eine Wiederholung des Wehrbeitrages ab. Sollte der Wehrbeitrag dennoch beschlossen werden, so wird dies für unsere Haltung zu den übrigen Steuern nicht ohne Einfluß sein. (Sehr richtig!) Bei der Tabaksteuer haben wir die eigenartige Erscheinung, daß die Interessenten ihr nicht nur zustimmen, sondern sogar dafür eintreten, sie möglichst bald einzuführen. Das begründet sich darin, daß die Steuerverwaltung ihr Hauptabnehmer ist und nach dem Kriege ein Preisrückgang zu erwarten ist. Vielleicht ist es angebracht, jetzt schon an eine endgültige Tabaksteuerreform heranzutreten. Mit dem Quittungsstempel würde namentlich das Handwerk belastet und beim Fruchtanfuhrstempel würde die Landwirtschaft herangezogen werden. Der Postzuschlag steht mir nicht abnehmend gegenüber. Auch die Telegrammgebühren können erhöht werden. Es hat sich ein gewisser Verzehrsgrad herausgebildet, namentlich auch im Verkehr mit Abgeordneten. (Beifall.)

Abg. Mertin (Deutsche Fraktion): Mit unserem Antrag lag uns nichts ferner, als ein Eingriff in die Kommandogewalt. Der U-Boot-Antrag bezieht sich vielmehr auf diplomatische Maßnahmen. (Bravo! und Unruhe.) Leider steht der Mann, dem wir den Geist unter unseren U-Boot-Deuten verdanken, nicht mehr an seiner Stelle. Der Name Tirpitz wird nicht verflungen, so lange es eine deutsche Flotte gibt. (Beifall: Bravo.) Daß der Besitz bei uns besonders geschont würde, kann nicht behauptet werden.

Abg. Hach (Soz.): Graf Westarp erinnert an den Geist vom 4. August. Das war sehr unvorsichtig, denn die gegenwärtige Nachfrage über die Steuerfrage läßt bei dem Vertreter der Regierung und den meisten Rednern der bürgerlichen Parteien nur nichts von dem Geiste des 4. August 1914 verspüren. Den weite Kreise der Bevölkerung als bleibende Wirkung unserer schweren Kriegsgeld erwarten. Die Gründe, mit denen die Tabaksteuer und die Verzehrssteuern verteidigt und die Einkommensteuer bekämpft worden ist, sind so

kleinlich, engstirnig, einseitig berechnet

auf den Ruher der Reichen und zum Schaden der armen Klassen, wie es schlimmer auch vor dem 4. August 1914 nicht möglich gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.) Alle Beteiligten, abgesehen von den ganz großen Unternehmungen, sind sich im Gegensatz zum Staatssekretär darüber einig, daß die Wirkung der Tabaksteuer auf die Arbeiter sehr schädlich sein wird. Man sagt, diese Steuer würde ja doch kommen, daher solle man sie jetzt vorweg nehmen. Aber diesem einen Schritt werden weitere folgen und die Tabakindustrie wird auch nach dem Kriege keine Ruhe haben. Welche Kreise glauben an eine Erbschaftsteuer, durch die die kleinen Leute zu Grunde gerichtet werden, damit dann das Monopol um so schneller durchgeführt werden kann. Gewiß ist der Tabak ein Genussmittel, aber für die großen Massen, die doch nicht nur Arbeitsmaschinen sind, ist er in der Tat ein unentbehrliches Genussmittel, wenn ihre Schaffensfreude erhalten werden soll. Das weiß auch die Steuerverwaltung genau und deshalb schickt sie so große Mengen von Zigaretten ins Feld. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher bedeutet die Verteuerung des Tabaks eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung gerade der ärmeren Bevölkerung, während der Krieges. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verzehrssteuern belasten die Geschäftsleute mit geringem Einkommen unter Umständen viel härter als große Geschäfte. Und soweit diese Steuern abgewälzt werden, bedeuten sie wieder eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Massen. Eine Abwälzung wird im übrigen nur den großen Unternehmern möglich sein. Daher wirken auch diese großen Steuern wieder als ungerechte Mehrbelastung der kleinen Geschäftsleute.

Die Verteuerung der Postsendungen wird zur Einschränkung des Postverkehrs, vor allem im Geschäftsleben, führen, auch dadurch werden vor allem die kleinen Geschäftsleute geschädigt. All diese Steuern bedeuten also eine Schonung der Reichen gegenüber der ärmeren Bevölkerung und damit eine schreiende Ungerechtigkeit. Der Staatssekretär hat gesagt, die Ausarbeitung der Steuern hätte viel Arbeit und Mühe gekostet. Das glaube ich. Aber auch wir haben uns große Mühe gegeben, um unsererseits Vorschläge auszusprechen, wie der Betrag, der jetzt gebraucht wird, auf andere Weise aufgebracht werden kann. Unsere Vorschläge auf

erhebliche Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer, Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und Ausdehnung der Erbschaftsteuer sind ebenfalls sehr reiflich überlegt. Die Erbschaften, die entfernten Verwandten zufallen, werden bei uns heute ganz ungenügend besteuert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade diese Fälle wollen

wir treffen, wo ganz entfernte Verwandte, die bei normalem Lauf der Dinge gar keine Aussicht dazu hatten, in den Besitz einer Erbschaft gelangen nur dadurch, daß die nächsten Verwandten hinweggerafft werden. Die Besteuerung solcher Erbschaften ist durchaus gerecht und notwendig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat gesagt, die Einkommensteuer dürfe nicht überhöht werden. Auch die Sozialdemokratie habe unter der Einwirkung des Krieges erkannt, daß die Erhaltung der Kapitalbildung die Grundlage des wirtschaftlichen Lebens darstelle. Diese Erkenntnis ist für uns durchaus keine neue. Auf Grund dieser Erkenntnis sind die Beschlüsse unserer Parteitage gefaßt worden. Gewundert hat mich, wie der Staatssekretär bei dieser Gelegenheit sagen konnte, es können nicht alle Pferde auf demselben Grunde weiden. In der Tat ist das doch der Fall, sowohl die Besitztümer wie die Verbrauchssteuern müssen alle aus dem Ertrag der Arbeit genommen werden. Und der Unterschied zwischen den Verbrauchs- und Einkommensteuern ist nur der, daß die Verbrauchssteuern die Steuerzahler um so mehr belasten, je ärmer sie sind, während die Einkommensteuer die Steuerzahler im Verhältnis zu ihrem Einkommen, also um so mehr, je reicher sie sind, belasten. Sie allein entsprechen also dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Man hat gesagt, das Volk müsse zu höheren Ersparnissen gebracht werden. Werden aber durch Verbrauchssteuern dem Volke weitere Ersparnisse aufgezwungen, dann wird

die Arbeitskraft des Volkes geschwächt

und dadurch unser Wirtschaftsleben viel mehr geschädigt als etwa durch die langsamere Zunahme der Vermögen. Wird das Vermögen der Reichen dadurch vergrößert, daß die Lebenshaltung der großen Masse herabgedrückt wird, so hemmt es die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr, als es selbst durch die große Einkommensteuer geschehen könnte. Man stelle es so dar, als ob Einkommensteuer des Reiches den Einzelstaaten den Lebensboden abgraben würde. Wir sind die Lezten, die den kulturellen Bestrebungen der Einzelstaaten entgegenstehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen auch die Einzelstaaten und Gemeinden verfort wissen. Aber erlaubt denn irgend jemand, daß wir nach dem Kriege ohne direkte Einkommen- und Vermögenssteuer im Reiche auskommen können. Es wird sich nach dem Kriege nicht um eine halbe Milliarde handeln wie jetzt, sondern um 4 bis 5 Milliarden. Die können nicht durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden. Wenn selbst ein Staatssekretär den Mut hätte, es zu versuchen, das deutsche Volk würde es sich nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich muß sich der direkte Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich eine Regelung des Verhältnisses mit den Bundesstaaten und Gemeinden anschließen. Es muß aber planmäßig vorgegangen werden und das Reich muß die Grundlage schaffen, für die

Besteuerung des Besitzes und Einkommens im ganzen Reiche. An der Notwendigkeit dieser Entwicklung werden alle Trauerreden der Herren rechts nichts ändern. Sie beklagen diese kommende Regelung „im Interesse des Vaterlandes“ es ist eben den Menschen eigen, sein Interesse mit dem der Gesamtheit gleichzusetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vordränger behauptet, daß in Preußen die direkten Steuern um 100 Prozent vermehrt werden. In Wirklichkeit werden sie von höchstens 4 Prozent auf höchstens 8 Prozent erhöht. Das zeigt die Auffassung der Herren, die meinen, dem Vaterland ist am meisten gedient, wenn ihr Geldbeutel geklopft wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Steuern sind notwendig geworden durch das ungeheure Anwachsen der Schulden. Diese sind unser Unglück, denn sie sind nicht gemacht, um Wohlstand zu verbreiten, um Freude in die Gärten der Armen und Glück und Segen in die Familien zu tragen, sondern damit sich die Völker zerfetzen und alles, was die Kultur geschaffen hat, vernichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Spahn zierte die Keuschung eines englischen Ministers: daß die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen sei. Aber die Kat und der Hammer, die bei uns vorhanden sind, bestehen auch in den anderen Staaten.

alle häßlichen Schulden auf Schulden

und alle haben die Hoffnung auf Kriegsschuldung aufgegeben. Auch neue Erwerbsmöglichkeiten wird der Krieg nicht schaffen. Deutlich zeigt sich doch, daß kein Staat dem anderen Friedensbedingungen wird aufzwingen können. Wir werden unsere Unabhängigkeit schütten, aber auch die Unabhängigkeit der anderen Völker wird erhalten bleiben. Ueberall wird die Folge des Krieges sein, daß das Volk sich in furchtbarem Not und Elend befindet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Je länger der Krieg dauert, desto mehr Opfer an Gut und Blut muß jedes Volk darbringen, desto mehr Arbeitskräfte werden vernichtet, desto mehr Rohstoffe werden vergeudet, desto mehr Einrichtungen für Handel und Verkehr, Kunst und Wissenschaft werden zerstört. Deshalb ist die Fortsetzung des Krieges ein Wahnsinn, jede Verschärfung ein unantwortliches Verbrechen an der Menschheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Krieg nur noch drei Monate länger dauert, so sind wieder 10 Millionen ausgegeben. Das zeigt doch, wie wenig mit den 500 Millionen getan werden kann. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Finanzen nicht in trostlosen Zustand geraten, die Völker nicht in den traurigsten wirtschaftlichen Zustand, ist, daß in allen Völkern die Erkenntnis verbreitet wird, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß und das nur nur geschehen durch einen Frieden, der die Unabhängigkeit jedes Volkes wahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Steuern aber bleibt der Grundsatz unerschütterlich, daß die Verbrauchs- und Verzehrssteuern eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Staatssekretär hat die Risikotheorie direkt und indirekter Steuern aufgestellt. Er erklärt jede für einseitig und verlangt daher beide. Aber diese Rechnung stimmt nicht, denn ungerecht ist eben nur die

Fortsetzung des Krieges ein Wahnsinn, jede Verschärfung ein unantwortliches Verbrechen an der Menschheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Krieg nur noch drei Monate länger dauert, so sind wieder 10 Millionen ausgegeben. Das zeigt doch, wie wenig mit den 500 Millionen getan werden kann. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Finanzen nicht in trostlosen Zustand geraten, die Völker nicht in den traurigsten wirtschaftlichen Zustand, ist, daß in allen Völkern die Erkenntnis verbreitet wird, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß und das nur nur geschehen durch einen Frieden, der die Unabhängigkeit jedes Volkes wahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Steuern aber bleibt der Grundsatz unerschütterlich, daß die Verbrauchs- und Verzehrssteuern eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Staatssekretär hat die Risikotheorie direkt und indirekter Steuern aufgestellt. Er erklärt jede für einseitig und verlangt daher beide. Aber diese Rechnung stimmt nicht, denn ungerecht ist eben nur die

Begünstigung der Reichen und die Belastung der armen Leute durch die Verbrauchs- und Verzehrssteuern. Die Einkommensteuer ist nicht ungerecht, die großen Einkommen stammen ja nur aus der Arbeit der großen Masse, und die kleinen Einkommensteuern der reichen Leute ist nur ein kleiner Rohbehälter zur Ausgleichung der Ungerechtigkeit, daß die arbeitende Masse selbst in so traurigen Verhältnissen lebt. Schon im Frieden hat sich das arbeitende Volk gegen die Ungerechtigkeit der Verbrauchssteuern gewehrt. Im Krieg verlangt man von jedem, seine ganze Kraft einzusetzen, auch wenn er Vermögen, Stellung und Einkommen dadurch verliert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur bei den Steuern soll es nicht so sein, da sollen die umso weniger zahlen, je reicher sie sind. Dadurch beschönigen Sie untragbare Zustände im Volke heraus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär und Herr Stresemann berufen sich darauf, daß Handel und Gewerbe der vorgezeichneten Regelung zustimmen. Das sind aber gerade die Reichen, die bei dieser Regelung besonders gut wegkommen. Wir müssen jeden Versuch, die traurige Lage des Volkes noch zu verschlechtern durch Verbrauchs- und Verzehrssteuern, den allerhöchsten Protest erheben. Sie haben das Volk in den Schützengräben gerührt. Statten Sie ihm den Dank nicht dadurch ab, daß Sie ihm neue Lasten auferlegen und die reichen Leute schonen. Sie fordern uns zu positiver Mitarbeit auf. Wir werden nur in dem Sinne mitarbeiten, daß dem Volk auch durch die Tat gegeben wird, was ihm am 4. August versprochen worden ist. Wir werden mitarbeiten, daß dem Volke nicht neue Lasten auferlegt und die Reichen geschont werden. Die Reichen brauchen werden schon dafür sorgen, daß mit solchen Steuerplänen auf die Dauer nicht weiter gewirtschaftet werden kann. Wenn Sie der Masse ihr Recht nicht geben wollen, wird sie sich ihr Recht erkämpfen. (Beifall: Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Sachlich geben mir die Worte des Abg. Hach keinen Anlaß zur Erwiderung. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß man die erste Angelegenheit, die uns hier beschäftigt, in dieser Weise auf das rein agitatorische hinüberzutragen sich bemüht. Die Wahrheit des Hauses und des deutschen Volkes wird mit uns der Meinung sein, daß die Steuern nicht in

erster Linie darauf berechnet sind, die breite Masse zu belasten und die Reichen zu schonen. Diesen Vorwurf verbleibe ich mir. (Sehr gut! rechts. Unruhe.) Lieber die Materie selbst werden wir uns im Auspruch unterhalten. Ich kann nur wünschen, daß dies in etwas ruhigerer und sachlicherer Weise geschehen wird. Eine Fortsetzung der Beratung in diesem Stile wäre eine ernste Gefährdung der vaterländischen Interessen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß Sie sich irren, wenn Sie glauben, das Volk hinter sich zu haben. (Sehr richtig!) Die Berliner Volksversammlungen haben auch noch dem gewiß nicht lungenkranken „Vorwärts“ nur schwachen Besuch gehabt; ein Erfolg waren sie nicht. Wir müssen zusammenstehen. Suchen Sie dem Volke dieses Gefühl nicht zu nehmen. Die Vaterlandsliebe sitzt ihm in Mark und Knochen; vergessen Sie sie nicht, überlegen Sie jeder, was er tut. (Beifall: Bravo!)

Abg. Hach (Soz.): Der Staatssekretär hat behauptet, es wäre der Öffentlichkeit schicklich worden, sich über diese Vorlagen auszusprechen. Das ist nicht der Fall. Eine ganze Reihe Versammlungen sind einfach verboten worden. (Unruhe rechts.) Wir selbst ist es unmöglich gemacht worden, über diese Steuerfragen zu sprechen, weil ich erst meine Vorträge einreichen sollte und mich allen möglichen behördlichen Vorschriften sonst hätte folgen müssen, was ich nicht wollte. (Unruhe rechts.) Es ist nicht wahr, daß ein Abgeordneter die Möglichkeit hat, sich über die Vorlage frei auszusprechen. Öffentliche Volksversammlungen sind überhaupt verboten worden. Der Staatssekretär irrt sich auch in einem anderen Punkte, und es ist sehr bedauerlich, daß er kein Verständnis hat für die Lage und für die Stimmung des Volkes. Er meint, weil die Mitglieder Versammlungen nicht alle überfüllt waren, sei festgestellt, daß das Volk die Steuern nicht. Ja, wissen Sie denn nicht, Herr Staatssekretär, in welcher Not sich das arbeitende Volk befindet? Wissen Sie denn nicht, wie viele Männer im Schützengraben liegen, wie viele Frauen gezwungen sind, von früh bis spät zu arbeiten, wie viele Stundenlang vor den Löden stehen müssen, um Nahrungsmittel zu erhalten? Wissen Sie nicht, wie viele Familien die traurige Notlage erhalten haben, daß der Ernährer gefallen ist — und da fühlen Sie nicht einmal mit, Herr Staatssekretär? (Präsident Dr. Kämpf: Diese Anschuldigungen sind so beleidigend, daß ich Sie zur Ordnung rufen muß.) Der Staatssekretär hat es als persönliche Kränkung empfunden, daß ich sagte, die Steuern wären darauf berechnet, die Armen zu belasten und die Reichen zu entlasten. Ich habe diesen Ausdruck gewählt, um meine Ueberzeugung darzulegen, und es lag mir fern, persönlich verletzend zu werden. (Warn rechts.) Glauben Sie denn, wenn ich etwas anderes tun wollte, hätte ich mich gekümmert, es hier auszusprechen? (Beifall: Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe aber geglaubt, wenn der Staatssekretär uns eine Vorlage bringt, muß er sich auch ihre Wirkung klar gemacht haben. Nach der Begründung sollen doch tatsächlich die Verzehrssteuern auf die Konsumenten abgewälzt werden, und der Staatssekretär spricht davon, daß die reichen Leute nicht zu sehr belastet werden sollen und deshalb diese indirekten Steuern notwendig seien. Wir haben schon vor einigen Wochen im Hauptausschuß den Staatssekretär eindringlich beschworen, nicht mit einer solchen Vorlage zu kommen, weil er damit etwas anrichten würde, was dem Vaterlande nicht zum Nutzen gereicht.

Trotz dieser Warnung ist er mit der Vorlage gekommen. Mauth der Staatssekretär denn, wir sollen nun unsere Ueberzeugung verleugnen und zu Heuchlern werden? Also wir schädigen das Vaterland nicht, wir haben vor der Einführung einer solchen Vorlage gewarnt. Nachdem sie nun eingebracht ist, ist die Schädigung des Vaterlandes schon geschehen. (Präsident Dr. Kämpf: Sie dürfen dem Staatssekretär nicht vorwerfen, daß er das Vaterland schädigt.) Ich habe mit keinem Wort von einer Absicht des Staatssekretärs gesprochen. (Präsident Dr. Kämpf: Ich stelle also ausdrücklich fest, daß Sie dem Staatssekretär nicht die Absicht haben unterstellen wollen, das Vaterland zu schädigen.) Das weiß ohnedies jeder, der Deutsch versteht. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Schädigung des Vaterlandes ist eingetreten durch die Vorlage, und es ist unsere Pflicht als Volkvertreter, gegen diese Schädigung hier und überall Einspruch zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen. Der Reichshaushalt und die Kriegsgewinnsteuer gehen an den Haushaltsausschuß, die übrigen Steuervorlagen an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Abg. Piehnicht (Soz.) protestiert in persönlicher Bemerkung, daß man ihn nicht zum Wort kommen lasse.
Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. Anfragen und Reichshaushalt. Schluß 1/4 Uhr.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, **billig** einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Blochstrasse 5
neben Hotel Vater Rhein. (3330)

Schuhwarenhhaus.

Grosses Lager aller Sorten **Schuhwaren** in guter Qualität
zu **billigen Preisen**.
Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.
Alle Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Möbel!

zu billigen Preisen und streng reell. Bedienung auf

Kredit!

Enorme Auswahl.
Herren- & Damenkonfektion

S. Buchdahl

4 Bärenstrasse 4.

Kriegsfarten

Atlas

enthaltend 10 Karten der verschiedensten Kriegsdarstellungen.
Handliches Taschenformat.
Große Maßstäbe, vielfarbige Drucke.

Praktische Geschenkidee.

Preis Mark 1.50.

(Vorteil 10 Bld.)

Buchhandl. Volksstimme

Frankfurt a. M.
Großer Fischgraben 17.